

Auswirkungen von Patientenzuzahlungen auf das Arzneimittelbudget

Sächsische Staatsministerium
für Soziales
Staatsministerin, Frau Helma Orosz
Alberstraße 10
01097 Dresden

15. November 2005

Auswirkungen von Patientenzuzahlungen auf das Arzneimittelbudget

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, die Sächsische Landesärztekammer hat am 12. November 2005 die 33. Tagung ihrer Kammerversammlung sehr erfolgreich durchgeführt. Ausführlich wurden die gesundheits-politischen Auswirkungen und berufspolitischen Aspekte diskutiert, die aus dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zu erwarten sind. In diesem Kontext wurde durch die Kammerversammlung ein Antrag bestätigt, in welchem das Sächsischen Staatsministe-

rium für Soziales gebeten wird, das Verfahren der Gesetzlichen Krankenversicherung zur vorzeitigen Einziehung der jährlich zu leistenden Zuzahlungen durch danach befreite Patienten auf seine Budgetauswirkungen auf die vielfältigen Budgets (insbesondere Arzneimittelbudget) der niedergelassenen und angestellten Ärzte zu überprüfen.

Begründet wurde dieser Antrag auf Überprüfung mit dem angeblich hohen Anstieg von Leistungen, welcher den Ärzten von der Politik und von den Krankenkassen vorgeworfen wird.

Die Gesetzlichen Krankenversicherungen fordern bereits vor Ablauf des Kalenderjahres chronisch Erkrankte und von Zuzahlung für Heil- und Hilfsmittel befreite Patienten auf, die jeweils rechnerisch für eine Befreiung im Jahr 2006 notwendige Zuzahlung in voller Höhe vorab zu überweisen.

Dadurch ist aber die zu erwartende Entlastung der einzelnen Budgets, vor allem im ambulanten Bereich, im Einzelnen nicht mehr nachvollziehbar.

Die Ärzteschaft wird ständig mit Vorwürfen wegen ungerechtfertigter Leistungsausweitung konfrontiert und fordert deshalb mehr Transparenz bei der Verrechnung dieser Finanzmittel und eine Kontrolle der Krankenkassen durch die Aufsichtsbehörde.

Ich bitte Sie, der dargelegten Problematik nachzugehen und mir eine Rückäußerung zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze
Präsident der Sächsischen Landesärztekammer

Antwort:

Sächsisches Staatsministerium für
Soziales
Die Staatsministerin
Albertstraße 10
01097 Dresden

9. 1. 2006

Herrn
Prof. Dr. Jan Schulze
Präsident der Sächsischen
Landesärztekammer
Schützenhöhe 16, 01074 Dresden

**33. Kammerversammlung
Auswirkungen von
Patientenzuzahlungen**

Ihr Schreiben vom 15. 11. 2005

Sehr geehrter Herr Prof. Schulze,
ich danke Ihnen für Ihr Schreiben, in dem
Sie mich darum bitten, die Verrechnung
von Zuzahlungen zu kontrollieren und
ggf. transparenter zu machen.

Zu Ihrer Prüfbitte nehme ich wie folgt
Stellung:

Die verschiedenen Budgets beziehen sich
auf Leistungsausgaben in den verschie-
denen Sektoren. Zuzahlungen sind aber
technisch Einnahmen. Wie die ärztlichen
Standesorganisationen zu Recht ausfüh-
ren, fließt die Praxisgebühr nicht in die
zusätzliche Vergütung für die jeweilige
Arztpraxis, sondern wird mit der durch
die KV zu zahlenden Gesamtvergütung
verrechnet (§ 43 b SGB V). Auch die aus
Zuzahlungen finanzierten Leistungen sind
also in der Budgetierung enthalten, so
dass die Befreiung einzelner Versicherter
hier keine Budgetwirkung hat.

Für den Arzneimittelsektor fehlt eine ent-
sprechende Vorschrift. Die Gesamtaus-
gaben sind demnach als Ausgaben der
Krankenkasse, d. h. unter Abzug der
Zuzahlungen, zu berechnen. Soweit Ver-
sicherte die zu leistenden Zuzahlungen
bereits zu Jahresanfang erbringen, erfolgt
die Zurechnung auf die Leistungsbereiche
anteilig. Solange das Verfahren nicht
geändert wird, ist die Veränderungsrate
der Ausgaben mit und ohne Einbeziehung

der Zuzahlungen ohnehin nicht wesent-
lich verschieden. So sehr ich jeden Ansatz
für mehr Transparenz in der Gesetzlichen
Krankenversicherung unterstütze, dürften
hier Aufwand und Erfolg in einem deut-
lichen Missverhältnis stehen.

Auch ich bedauere, dass durch die pau-
schale Zuzahlungsbefreiung in vielen
Fällen die vom Gesetzgeber bezweckte
Lenkungswirkung verloren geht. Es gilt
aber auch, die Interessen der Krankenkas-
sen nach Reduzierung des Verwaltungsauf-
wandes zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helma Orosz